Nachhaltigkeit A-Z →

U wie Umweltpolitik

Die Umweltindustrie in Deutschland wird im Jahr 2020 mehr Umsatz erzielen als der Kraftfahrzeug- und Maschinenbau. Gute Zeiten für einen radikalen Wandel in Umweltpolitik und -technik:

Der renommierte Politikwissenschaftler Martin Jänicke erklärt Umweltinnovationen zum Megatrend und legt dar, wie dieser Trend gestärkt werden kann – mit dem Ziel, Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen zu entkoppeln.

M. Jänicke

Megatrend Umweltinnovation

Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat
oekom verlag, München 2008, 198 Seiten, 29,90 EUR
ISBN 978-3-86581-097-7

K wie Klimapolitik

Hitzewellen, Überschwemmungen, Tropenstürme: Der Klimawandel ist in vollem Gange. Wir werden ihn nicht mehr aufhalten können – doch wir sollten jetzt alles daran setzen, ihn zu bremsen und seine Folgen zu mildern. Doch wie könnte eine entsprechend umfassende Klimapolitik aussehen?

In kurzen, verständlich geschriebenen Beiträgen stellt dieses Buch die neuesten Erkenntnisse, Technologien und Ideen vor.

H. E. Ott und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)

Wege aus der Klimafalle

Neue Ziele, neue Allianzen, neue Technologien – was eine zukünftige Klimapolitik leisten muss
oekom verlag, München 2008, 208 Seiten, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-088-5

17/1 (2008): 1–80

GAIA ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR SCIENCE AND SOCIETY

CONCEPTS OF RISK | KLIMA UND WISSENSCHAFTSKULTUR | TRANSGENIC CROPS AND BIODIVERSITY

GAIA

ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR
WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR
SCIENCE AND SOCIETY

1 | 2008

- CONCEPTS OF RISK
- KLIMA UND WISSENSCHAFTSKULTUR
- TRANSGENIC CROPS AND BIODIVERSITY

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

oekom
verlag

oekom
verlag

GAIA is available online at www.ingentaconnect.com
www.oekom.de | B 54649 | ISSN 0940-5550 |
GAIAEA 17/1, 1–80 (2008)

Stärkung des Fachgebietes Umwelt und Gesundheit in der Schweiz – was ist machbar?

Anlässlich der Schließung der Sektion Umwelt und Gesundheit des BAG hat die SAGUF Expert(inn)en und Betroffene an einen Runden Tisch geladen. Dabei herrschte Einigkeit: Die gesellschaftlich höchst relevante umweltbezogene Gesundheitsforschung braucht weiterhin Förderung und eine zentrale Anlaufstelle.

Theres Paulsen, Beatrice Miranda,
Martin Röösli

Schweizerische Akademische
Gesellschaft für Umweltforschung
und Ökologie

Société Académique Suisse pour
la Recherche sur l'Environnement
et l'Ecologie

Swiss Academic Society for
Environmental Research
and Ecology

Dezember 2007. Die Türen der Sektion Umwelt und Gesundheit des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) sind geschlossen, die Verantwortlichen haben ihre Arbeitsplätze geräumt. Der ehemalige Leiter der Sektion, *Miguel Baumann*, berichtete bereits in GAIA 15/3 unter dem Titel *Umweltbezogene Gesundheitsförderung geschwächt* (Baumann 2006) über die geplante Schließung und die nach wie vor großen Wissenslücken und ungelösten Probleme in einem Bereich, der unser aller Wohlbefinden und tägliches Leben beeinflusst. Auch *Prof. Dr. med. Ursula Ackermann-Lieblich*, Akademische Direktorin der Swiss School of Public Health SSPH+, äußerte sich damals besorgt zum nationalen Spardruck in der interdisziplinären umweltbezogenen Gesundheitsforschung.

Zehn Jahre Gesundheit und Umwelt – das BAG zieht Bilanz

Mit der *Nationalen Tagung Umwelt und Gesundheit* schloss das BAG im Juni 2007 ein

Kapitel erfolgreicher Verknüpfung der beiden Themenkreise und bewertete das ausgelaufene *Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit* (APUG, siehe www.apug.ch). *Ursula Ulrich-Vögtlin*, Leiterin ad interim des Direktionsbereichs Gesundheitspolitik, betonte in ihrem Referat, dass sich die Struktur des Programms mit den Schwerpunkten Wohnen, Natur und Mobilität bewährt hatte. Das politische Umfeld war von Beginn an schwierig: Für zahlreiche Ideen standen nur knappe Ressourcen zur Verfügung und in den Pilotregionen wurden Projekte nur ungenügend politisch unterstützt. Der Direktor des BAG, *Prof. Thomas Zeltner*, verteidigte den Aufgabenverzichtsplan, der zur Schließung der Sektion geführt hatte, mit den Lehren, die aus dem APUG zu ziehen seien: Diese Themen auf allen Ebenen politisch zu verankern sei unabdingbar und die Selbstständigkeit von Programmen müsse nach dem Rückzug des Bundes frühzeitig sichergestellt werden.

Soweit es darum geht, die Lebensqualität der Bevölkerung mit Einzelaktionen und Umsetzungsprojekten zu steigern, kann man diese Begründung wohl gelten lassen. Gilt sie jedoch auch für die Grundlagen-, Begleit- und Evaluationsforschung sowie für die Kommunikation? Diese Themen waren bereits in der Schlussphase des APUG dem Spardruck zum Opfer gefallen. Für die SAGUF ist dies ein Grund, die Diskussion um die Zukunft interdisziplinärer Kompetenzen in der umweltbezogenen Gesundheitsforschung weiterzu-

führen. Sie lud daher Expert(inn)en und Betroffene aus Forschung, Politik und Verwaltung am 30. November 2007 zu einem Runden Tisch. Es sollte ausgelotet werden, wie das Thema wieder an Stellenwert in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion gewinnen kann und welche Maßnahmen nun zu ergreifen sind, um das Fachgebiet in der Schweiz zu stärken. Der Aufruf stieß auf ein erfreulich breites Interesse: Sechs Expert(inn)en aus schweizerischen Forschungsinstitutionen sowie Vertreter(innen) der Bundesämter für Gesundheit, für Umwelt (BAFU) sowie für Raumplanung (ARE), der Akademien der Wissenschaften Schweiz, der Organisation Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz und der kantonalen Gesundheitsdirektoren nahmen die Einladung an.

Perspektiven von Verwaltung, Politik und Forschung

Zwei Inputreferate bildeten den Ausgangspunkt für eine konstruktive Diskussion. *Dr. Peter Straehl* von der Abteilung Luftreinhaltung und nichtionisierende Strahlung des BAFU führte aus, wie in seinem Amt Gesundheitsthemen zurzeit bearbeitet werden und wo aus Sicht der Verwaltung Handlungsbedarf besteht. Der Schutz des Menschen und seiner Umwelt vor schädlichen oder lästigen Einwirkungen ist in der Verfassung verankert (Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, Art. 74) und in verschiedenen Zweckartikeln im Umweltschutzgesetz konkretisiert. Gesundheit

Kontakt Autor(inn)en:

Dipl. Natw. ETH Theres Paulsen | SAGUF |
E-Mail: paulsen@scnat.ch

Dr. Beatrice Miranda | SAGUF |
E-Mail: saguf@env.ethz.ch

Dr. Martin Röösli | Institut für Sozial- und
Präventivmedizin | Universität Bern |
E-Mail: rooesli@ispm.unibe.ch

Kontakt SAGUF: SAGUF-Geschäftsstelle |

Dr. Beatrice Miranda | ETH Zürich D-UWIS/CHN |
8092 Zürich | Schweiz | E-Mail: saguf@env.ethz.ch |
<http://saguf.scnatweb.ch>

gehört neben Biodiversität, Sicherheit und einer integrierten Ressourcen- und Produktpolitik zu den vier zentralen Themenbereichen des BAFU. Den politischen Stellenwert des Themas Umwelt und Gesundheit hingegen beurteilt Straehl als lediglich sektoriell. Breiteres Interesse vonseiten der Politik erhalte dieses Thema höchstens kurzzeitig, zum Beispiel wenn mögliche Auswirkungen der Strahlung von Mobiltelefonen von der Bevölkerung als akute Probleme empfunden werden. Durch die Zusammenarbeit von BAFU und BAG auf Ebene der Direktion sei das Thema in der Verwaltung institutionalisiert und in einzelnen Sektoren gut verankert. Trotzdem sei die Zusammenarbeit noch verbesserungsfähig. Forschungsbedarf sieht er vor allem in den folgenden Bereichen:

- **Nanomaterialien:** Chancen und Risiken der Nanotechnologie, Grundlagen der Risikobeurteilung,
- **Mikroverunreinigungen:** hormonaktive Stoffe in der Umwelt – Bedeutung für Menschen und Tiere, Wirkungsmechanismen, Testmethoden,
- **nichtionisierende Strahlung:** Elektrosensibilität – Ursachen und Wirkungen, Wirkungsmechanismen niedriger Dosen,
- **Lärm:** Grundlagen, Belastungsgrenzwerte,
- **Luft:** gesundheitliche Auswirkungen unterschiedlicher Feinstaub-Komponenten und -Quellen, kombinierte Auswirkungen, Auswirkungen chronisch hoher Belastungen.

Prof. Dr. med. Charlotte Braun-Fahrlander, Interimsleiterin des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der medizinischen Fakultät der Universität Basel, erläuterte Probleme, Handlungsfelder und Handlungsbedarf aus Sicht der Forschung. Diese ist im Bereich Umwelt und Gesundheit stark interdisziplinär ausgerichtet und verfolgt unterschiedliche methodische Ansätze. Schwerpunkte sind die Erforschung der Ursache-Wirkungsbeziehungen, die Umsetzungsforschung (Interventionen, *Impact Assessment*, Risikowahrnehmung und -bewertung) und die Monitoring-Forschung. Finanziert wird die umweltbezogene Ge-

sundheitsforschung in der Schweiz zum größten Teil durch die Ressortforschung des Bundes, europäische Forschungsprogramme und den Schweizerischen Nationalfonds. In der disziplinär ausgerichteten Organisation der Forschungsförderung des Nationalfonds sieht Charlotte Braun-Fahrlander daher ein Problem für die umweltbezogene Gesundheitsforschung. Deren typischerweise disziplinenübergreifende Forschungsprojekte seien nur schwer den vorgesehenen Fachgebieten zuzuordnen und erhielten deshalb oft keine Finanzierung. Zusätzlich zu den von Peter Straehl genannten Bereichen mit Forschungsbedarf sieht Braun-Fahrlander wichtige umweltbezogene Forschungsthemen in den Bereichen **Ernährung und Bewegung, übertragbare Krankheiten und Zoonosen, Chemikaliensicherheit** und **Krebs**.

Die Teilnehmer(innen) des Runden Tisches waren sich einig, dass die Forschung im Bereich Umwelt und Gesundheit in der Schweiz stark segmentiert ist. Themen und involvierte Disziplinen sind vielfältig, für eine Vernetzung fehlen historisch gewachsene Strukturen. Ein weiteres Problem ist der Mangel an Ressourcen, die neue Problemfelder frühzeitig erkennen helfen. Luftverschmutzung in den 1980er Jahren oder nichtionisierende Strahlung in den 1990er Jahren sind Beispiele für Themen mit hoher gesellschaftlicher Bedeutung, bei denen es mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war, eine vorausschauende Forschung zu initiieren. Möglicherweise ist die Nanotechnologie diesbezüglich eine löbliche Ausnahme. Es besteht Hoffnung, dass Umwelt- und Gesundheitsaspekte im geplanten *Nationalen Forschungsprogramm Chancen und Risiken von Nanomaterialien* bereits in einem frühen Stadium der gesellschaftlichen Diskussion untersucht werden.

Wie weiter mit dem Fachgebiet Umwelt und Gesundheit?

Die Sektion Umwelt und Gesundheit am BAG zu schließen, setzt Charlotte Braun-Fahrlander zufolge negative Signale für die umweltbezogene Gesundheitsförderung. Zudem befürchtet sie, dass ein Großteil des Fachwissens verloren gehen und die Zusammenführung des Wissens inner-

und außerhalb des BAG nicht mehr funktionieren könnte. Zudem seien auch der Aufbau eines umweltbezogenen Gesundheitsmonitorings und das institutionelle Lernen aus den Ergebnissen des APUG gefährdet.

Liliane Bruggmann, Leiterin der Sektion Ernährung und Bewegung im BAG, erläuterte die Positionierung des Themas Umwelt und Gesundheit innerhalb der neuen Struktur des Amtes. Es sei nach wie vor ein wichtiges Anliegen und werde als Querschnittsthema in verschiedensten Bereichen behandelt. Als Beispiel nannte sie das *Nationale Programm Ernährung und* ➤

Die mögliche Belastung durch Mobilfunkstrahlung ist ein Forschungsthema im Bereich Umwelt und Gesundheit.

© Daniel Bujak / www.fotolia.de

Bewegung 2008–2012 (NPEB, siehe www.bag.admin.ch). Dieses wurde in einem partizipativen Prozess entwickelt, um der multisektoralen Anforderung gerecht zu werden und eine Vielzahl von Partner(inne)n einzubinden. Besonderer Wert wird auf die Zusammenarbeit verschiedener Bundesämter gelegt, ein Monitoring-System ist im Aufbau.

Die Vertreter(innen) der Forschung und weiterer am Thema interessierter Ämter befürchten dennoch, dass mit der Schließung eine zentrale Anlaufstelle und ein gut funktionierendes Netzwerk verloren geht und der Wissenstransfer zwischen Forschung und Bundesämtern erschwert wird. Sie sind auch besorgt darüber, dass eine ungenügende Koordination die bereits bestehende Aufsplitterung in Teilbereiche noch verstärken könnte. Dass der Wissensaustausch tatsächlich nicht optimal funktioniert, zeigt das Vernehmlassungsverfahren zum NPEB: Unter den 100 zur Stellungnahme aufgeforderten Institutionen und Organisationen findet sich keine einzige aus dem Forschungsbereich. Erklärt wird dies damit, dass Anhörungen

öffentlich seien und eine Vereinigung von Forscher(inne)n jederzeit eine Stellungnahme einreichen könne. Zusätzlich fände eine enge Zusammenarbeit mit Wissenschaftler(inne)n aus den Fachgebieten statt.

Aufbau einer zentralen Anlaufstelle gefordert

Weitgehend stimmten die Teilnehmer(innen) der Diskussionsrunde überein, dass die genannten Probleme nur durch die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle gelöst werden können. Als Aufgaben einer solchen Plattform nannten sie folgende Bereiche:

- Kontakt- und Anlaufstelle für alle Fragen aus dem Bereich Umwelt und Gesundheit (Triage-Funktion),
- Gewährleistung des Wissenstransfers innerhalb und zwischen den Bundesämtern, zu den Kantonen als Hauptakteure bei Umsetzung der Gesundheitspolitik sowie zwischen Forschung und Verwaltung,
- Vernetzung von Akteuren und Nutzer(inne)n,

- Früherkennung von zukünftigen gesellschaftlich relevanten Themenfeldern,
- Definition von Prioritäten,
- Lobbyarbeit,
- Stärkung von inter- und transdisziplinären Strukturen in Forschung, Forschungsförderung und Verwaltung,
- Organisation von Workshops mit klarer Zielsetzung zu konkreten Themen.

Es blieb unbestritten, dass eine solche Plattform diese anspruchsvollen Aufgaben nur wahrnehmen kann, wenn die Kontinuität und insbesondere eine langfristige Finanzierung gesichert werden können. Einige Teilnehmer(innen) schlugen deshalb die Akademien der Wissenschaften Schweiz als mögliche unabhängige Trägerschaft der Plattform vor (siehe Box).

Was bleibt für die SAGUF zu tun?

Die SAGUF ist Mitglied der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) und assoziiertes Mitglied der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW). Nach der Diskussion am Runden Tisch wird sie sich innerhalb der Akademien dafür einsetzen, eine geeignete Struktur für eine Koordinationsstelle zu schaffen. Darüber hinaus plant sie, eine Stellungnahme zum NPEB zu erarbeiten. Die SAGUF ermutigt Interessierte, sich im Rahmen der Arbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit für ihre Anliegen zu engagieren. Wir freuen uns auf Ihre Mitarbeit, damit dem interdisziplinären Austausch auf möglichst vielen institutionellen Ebenen Leben eingehaucht werden kann!

Literatur

Baumann, M. 2006. Umweltbezogene Gesundheitsförderung geschwächt. *GAIA* 15/3: 237–240.

WEITERE INFORMATIONEN:

- Akademien der Wissenschaften Schweiz. 2007. *Portrait*. www.akademien-schweiz.ch/Organisation/Portrait (abgerufen 07.12.2007).
- Bundesamt für Gesundheit (BAG). 2007. *Aktionsplan Umwelt und Gesundheit APUG*. www.apug.ch (abgerufen 07.12.2007).
- Bundesamt für Gesundheit (BAG). 2007. *Nationales Programm Ernährung und Bewegung 2008–2012 (NPEB 2008–2012)*. www.bag.admin.ch/themen/ernaehrung/00211/00476/index.html?lang=de# (abgerufen 11.12.2007).

BOX:

Akademien der Wissenschaften Schweiz

Der Verbund Akademien der Wissenschaften Schweiz (www.akademien-schweiz.ch) umfasst die Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT), die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW), die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) und die Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW). (...)

Wissenschaft und Bildung sind die wichtigsten Ressourcen der Schweiz im internationalen Wettbewerb. Die notwendigen Investitionen ins Wissenschaftssystem hängen vom Vertrauen der Bevölkerung in die wissenschaftlichen Errungenschaften und deren Nutzen für die Gesellschaft ab. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen und müssen zum Wohle aller eingesetzt werden; dies jedoch immer in der kritischen Auseinandersetzung mit Gesellschaft und Politik und mit deren Einverständnis. Die Akademien der Wissenschaften Schweiz setzen sich gezielt für einen gleichberechtigten Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft ein und beraten Politik und Gesellschaft in wissenschaftsbasierten, gesellschaftsrelevanten Fragen.

Die Akademien sind einem offenen und pluralistischen Wissenschaftsverständnis verpflichtet. Sie vertreten die Wissenschaften institutionen- und fachübergreifend.

In der wissenschaftlichen Gemeinschaft verankert, haben sie Zugang zu Expertise und Exzellenz und bringen Fachwissen in zentrale politische Fragestellungen ein. In einer langfristigen Perspektive engagieren sie sich gemeinsam für transdisziplinäre Fragen in folgenden Themenfeldern:

- Sie leisten Früherkennung gesellschaftlich relevanter Themen im Bereich Bildung, Forschung und Technologie.
- Sie engagieren sich für die Wahrnehmung ethisch begründeter Verantwortung in Gewinnung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse.
- Sie schlagen Brücken zwischen den Wissenschaften, Politik und Gesellschaft.

Quelle: www.akademien-schweiz.ch/Organisation/Portrait